

Wo sind sie?

hlz 5-6/2017

Habe ich mich ja doch gewundert, dass die letzte Ausgabe nichts zu dem erschreckenden Ergebnis der Erdoğan-Abstimmung zu sagen hatte, als in Deutschland 63 Prozent und in Hamburg 57 Prozent der hiesigen Türkischstämmigen für eine nicht sehr feine Diktatur stimmten: wie die Lämmer zur Schlachtbank. Unsere türkischstämmigen Einwohner_innen sind doch inzwischen in der 4. Generation hier ansässig und haben aber doch nichts von Deutschlands liberaler Demokratie verinnerlicht? Wie konnte auch Hamburger Lehrer_innen und Dozent_innen diese Geisteshaltung ihrer Schüler_ und Student_innen so überhaupt nicht auffallen, so entgleiten? Nützt die Demokratie-Instruktion in der Schule so sehr wenig, dass sie zu Hause, in den Moscheen, in den Sportvereinen unproblematisch beiseite gefegt wird?

In den Kernländern der EU war die Anzahl der Pro-Diktatur-Stimmen ja am höchsten: ein absolutes Desaster. Dagegen stimmten im Großbritannien unter May nur 20 Prozent und in den USA unter Trump sogar nur 16 Prozent für Erdoğan. Die letzteren sind natürlich auch Länder, in denen Zuwander_innen und Minderheiten schon seit langem viel leichter gesellschaftlich und politisch aufsteigen können, egal unter welchem Premier oder Präsidenten. Man denke an die konservativen Condolezza Rice oder Colin Powell oder auch an Henry Kissinger oder Arnold Schwarzenegger oder an den Sozialisten Sadiq Khan in London. Der

oberste Luftwaffengeneral der NATO in Europa ist sogar ein Einwanderer der 1. Generation in die USA.

Also statt – offensichtlich fruchtlos – Demokratieberatung im Unterricht: Wo sind die Deutsch-Türken, -Polen, -Italiener, -Russen im Vorstand der GEW in Hamburg und im Bund? Wo sind sie im Hamburger Senat?

Mit besten Grüßen
THOMAS MARTINI

Fauxpas?

hlz 5-6/2017, S. 34

Als HH-Pensionär lese ich die hlz immer noch regelmäßig und finde, dass es immer noch eine gute Gewerkschaftszeitung ist. Kompliment!

Aber bitte schön, was soll der Ausdruck „Sozial schwache Stadtteile“ auf S. 34 unten rechts? Können ihr bitte Götz von Grone, dem Verfasser des Artikels, übermitteln, dass er bitte über den Ausdruck nachdenken und ihn tunlichst nicht mehr verwenden sollte, schon gar nicht in einem so gelungenen Beitrag, besonders auch nicht in der hlz.

(Lese- und Nachdenkhilfe: D. Baumann / S. Hebel „Gute-Macht-Geschichten Politische Propaganda.....“ Westend Verlag 2016 .S.159-161)

Ich wäre sehr froh darüber, den Ausdruck nicht mehr in einer so guten Gewerkschaftszeitung zu finden.

(In lesbaren Tageszeitungen findet mensch ihn erfreulicherweise nur noch sehr selten.)

KARL FISCHER

Wir werden in der kommenden Ausgabe Stellung dazu nehmen.

DIE REDAKTION

Zum Bismarckhering

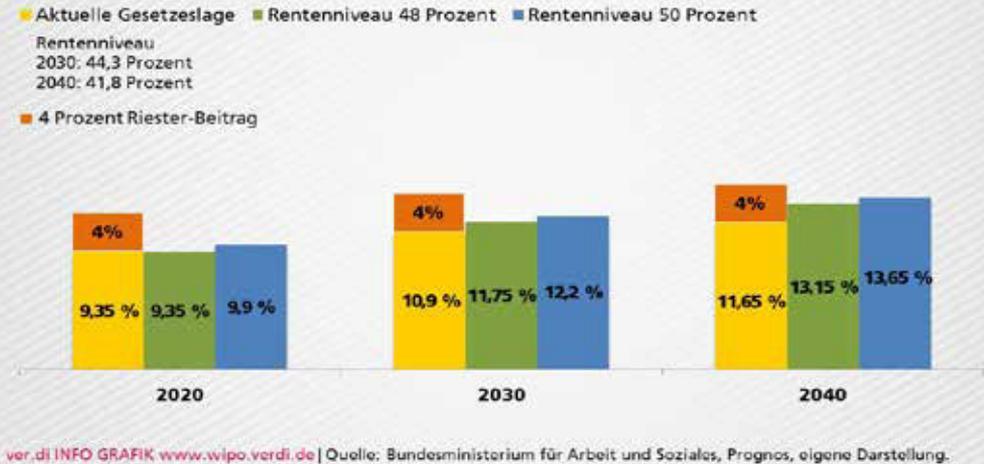
hlz 5-6/2017, S. 43f

Auf Mélenchon und sein Buch „Le hareng ...“ hinzuweisen, finde ich sinnvoll, doch hätte ich es hilfreich gefunden, einen eigenständigen Artikel zu publizieren, denn schließlich gibt es in Hamburg Kolleg*innen mit den Fächern Französisch und Geschichte oder Politik.

Was Mélenchon zu Deutschland schreibt, ist inhaltlich im Einzelnen (also auf der Beispielsebene) zwar nicht falsch, greift sich aber – passend zum Charakter eines Pamphlets - nur das heraus, was dazu passt und verkürzt immer wieder, auch irreführend. Es sollte zudem nicht übersehen werden, dass diese Kampfschrift gleichzeitig ein Begleittext zu seiner Präsidentschaftskandidatur ist und, neben der Kritik an Deutschland, genauer: der deutschen Politik, seltsame Töne anschlägt, etwa dort, wo er recht gutgläubig als Heimat der Franzosen die „Republik“ nennt (und von der Orientierung aufs „Volk“ in Deutschland abgrenzt), so als ob es keine Marine Le Pen gäbe. Der aus dem „eurojournalist“ übernommene Artikel vertraut den von Mélenchon wiedergegebenen statistischen Daten gewollt naiv, z.B. dort, wo behauptet wird, dass eigentlich die Deutschen am wenigsten arbeiten. Das würde ja u.a. heißen, dass die Lehrenden in HHs Schulen tatsächlich nur die vorgegebenen, vergleichsweise wenigen Stunden arbeiten – nur, weil das halt in der entsprechenden offiziellen Verordnung so festgelegt ist. Auch Mélenchons Aussagen zur sinkenden Anzahl von Gewerkschaftsmitgliedern

Was kostet ein höheres Rentenniveau?

Gesetzliche Rentenbeiträge der Beschäftigten in Prozent des Bruttoeinkommens für unterschiedliche Rentenniveaus in den Jahren 2020, 2030 und 2040



ver.di INFO GRAFIK www.wipo.verdi.de | Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Prognos, eigene Darstellung.
 V.i.S.d.P.: VER.DI BUNDESVORSTAND – RESSORT 1 – FRANK BSIRSKE – PAULA-THIEDE-UFER 10 – 10179 BERLIN

Siehe dazu unsere Veranstaltung am 12.7.2017, S. 42

in Deutschland ignoriert souverän den insgesamt geringeren Organisationsgrad, zudem zersplittert, in Frankreich und fragt erst gar nicht nach der Verhandlungsmacht der deutschen bzw. französischen Gewerkschaften, sieht auch nicht, dass sich in Deutschland in den letzten Jahren eine höhere Streikbereitschaft entwickelt hat. Dass die Agrarwirtschaft in Frankreich – ganz unabhängig von deutschen Einflüssen – etwa in der Bretagne seit Jahrzehnten schwerste Umweltfolgen nach sich zieht (wie auch die Hochseefischerei), bleibt bei Mélenchons Ansatz gänzlich unberücksichtigt, vom nur verkündeten Ausstieg aus der Atomwirtschaft ganz zu schweigen. Den Titel der Polemik zu erklären (S.46 links) ist sinnvoll – die Illustration wohl eher überflüssig, da vergleichbare Fotomontagen eigentlich jedem GEW-Mitglied aus den letzten Jahren, etwa aus polnischen Medien, bekannt sein dürften. Stattdessen hätte vielleicht ein wenig von den Fragen, die Mélenchon aufwirft und die

sich ja auch breiteren Teilen der deutschen Öffentlichkeit stellen, formuliert und aus einer weniger nationalstaatlichen Perspektive diskutiert werden können.

Mit kollegialen Grüßen
 KLAUS WEBER

G9

Nach den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen beginnt die Rückabwicklung eines einstigen Vorzeigeprojekts von CDU und FDP: Das Abitur nach acht Jahren weiterführender Schule (G8) wird flächendeckend zurückgefahren. Im Regelfall kehren die Gymnasien zum Abi nach neun Jahren (G9) zurück. Grund dafür sind eindeutige Ergebnisse von Umfragen: Der „überwiegende Teil der Schüler- und Elternschaft“ favorisiere nun einmal G9, heißt es im Düsseldorfer Koalitionsvertrag lakonisch. Einzelne Gymnasien sollen aber weiter das Abi nach acht Jahren anbieten dürfen. In Nordrhein-Westfalen bestehen bleibt dagegen das gegliederte Schulsystem mit Haupt- und Realschulen –

zumindest auf dem Papier betonen CDU und FDP, „berufliche und akademische Bildung“ seien „gleichwertig“. Sie lehnen „die unnötige Akademisierung von klassischen Ausbildungsberufen ab“. Studiengebühren sollen für Menschen aus Nicht-EU-Ländern, wie bereits in Baden-Württemberg unter Kretschmann eingeführt, fällig werden.

G10

An der Eliteschule des Sports am Dulsberger Alten Teichweg wird wohl bald das G10 möglich sein, das Abitur nach zehn Jahren auf einer weiterführenden Schule, nach dann insgesamt 14 Jahren Schulbesuch. Die von seiner Behörde ausgearbeiteten Pläne werden demnächst Hamburgs Schulsenator Ties Rabe (SPD) vorgelegt und könnten vom Schuljahr 2018/19 an umgesetzt werden.

Anmerkung der Redaktion: Geht doch (!) - dies wäre immerhin ein erster Schritt zu der von uns favorisierten flexiblen Oberstufe G8 bis G10.